

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Inhalt

Hans Koschnick, stellvertretender SPD-Vorsitzender, nimmt Stellung zur Terrorismus-Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz

Seite 1/2

Heinz Kreuzmann MdB sieht beim zweitägigen Hearing des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen die "Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand".

Seite 3/4

Helmut G. Schmidt analysiert den CSU-Parteitag

Seite 5/6

Anselm Bengeser meint, daß nach dem CDU-Grundsatzforum die Unions-Basis gefordert ist.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

32. Jahrgang / 184

26. September 1977

Gemeinsamkeiten nicht zerstören lassen

Zur Terrorismus-Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz

Von Hans Koschnick

Stellvertretender SPD-Vorsitzender und Bürgermeister von Bremen

Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hat in ihrer Erklärung zum Terrorismus vom 21. September an die gemeinsame Verantwortung aller Parteien und gesellschaftlichen Gruppen appelliert und dazu aufgefordert, über vorhandene Meinungsverschiedenheiten hinweg zusammenzuwirken. Die Bischöfe haben damit - wie in der vergangenen Woche der Rat der EKD - den gefährlichen Tendenzen der Konfrontation zwischen gesellschaftlichen Gruppen sowie allen Versuchen, die augenblickliche schwierige Situation zu parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen, eine deutliche Absage erteilt.

Mit Recht haben die Bischöfe auf Entwicklungen im Wertebewußtsein unserer Gesellschaft hingewiesen, durch die zentrale ethische Grundlage unserer Ordnung gefährdet werden können. Diese Entwicklungen müssen ernstgenommen wer-

den, auch bei der Frage nach Ursachen für den Terrorismus.

Dem Glauben an die totale Machbarkeit und Planbarkeit menschlicher Lebensumstände und der daraus resultierenden Unzufriedenheit und Ungeduld bei der Lösung von Problemen müssen all diejenigen Kräfte entgegentreten, die wissen, daß noch so erfolgreiche politische Bemühungen die Eingebundenheit des Menschen in Irrtum, Schuld und Versagen nicht aufheben können.

Es erscheint uns richtig, die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Möglichkeiten zum Schutz von Staat und Gesellschaft voll und konsequent auszuschöpfen. Andererseits erscheint uns der Versuch gefährlich, in den Auseinandersetzungen um Reformen und soziale Gerechtigkeit sowie in dem Bemühen, den Grundwerten menschenwürdiger Existenz neue Geltung zu verschaffen, eine Ursache für das verbrecherische Tun der Terroristen zu erblicken. Auch der Kirche ist nicht verborgen geblieben, daß die rasante soziale, wirtschaftliche und technologische Entwicklung unserer pluralistischen Industriegesellschaft Fragen aufwirft, die nicht nur mit dem Verweis auf Vergangenes gelöst werden können.

Es war für alle, die sich diesen Fragen zu stellen bereit sind, eine große Hilfe, daß die Kirche mit dem zweiten vatikanischen Konzil und der gemeinsamen Synode der deutschen Bischöfe aktiv und vorwärtsschauend in diese Auseinandersetzung eingegriffen hat. Hier erblicken wir eine Gemeinsamkeit, die wir durch keinerlei Anfechtungen zerstören lassen sollten.

(-/26.9.1977/ks/ja)

+ + +

Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand

Zum Hearing des Bundestag-Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im innerdeutschen Ausschuß

"Was ist Deutschlandpolitik? Findet Deutschlandpolitik überhaupt noch statt?" Das ist die Frage, die man manchmal zu hören bekommt und wohl auch da und dort stellen möchte, wenn man die Schlagzeilen unserer öffentlichen und veröffentlichten Meinung registriert. Probleme der inneren Sicherheit, Wirtschaftskonjunktur und Arbeitslosigkeit scheinen die Deutschlandpolitik auf den letzten Rang verdrängt zu haben. Meinungsumfragen drücken das sogar zahlenmäßig aus. Seitdem die Politik der sozial-liberalen Koalition Grundlagenverträge über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander geschaffen hat, der Kalte Krieg nach Osteuropa hin beendet wurde und die Lage weitestgehend entspannt wurde, ist die Deutschlandpolitik von den ersten Seiten der Weltblätter großenteils verdrängt. Die Berlin-Frage durchbricht zwar hier und da noch dieses Tabu. Aber, wie es in einem der Statements zu dem Hearing des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen heißt, der Nord-Süd Dialog überschattet den Ost-West-Dialog.

Und dennoch, das alles ist nur eine halbe Wahrheit. Das für den heutigen Montag und den kommenden Mittwoch angesetzte Hearing des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages beweist das. Das liegt weniger an den marktschreierischen Ankündigungen dieses Hearings in manchen Blättern, als einen Versuch, die Basis für eine gemeinsame Deutschlandpolitik der vier Bundestagsparteien zu finden. Das trifft noch weniger für die Vermutung zu, die hilflos gewordenen Politiker wollten sich hier von Wissenschaftlern eine neue Politik konzipieren lassen. Das starke Interesse, das die vier Themen des Hearings im In- und Ausland gefunden haben, zeigt deutlich, daß die Faszination des Themas nach wie vor fortbesteht und durch Vordergründigeres nur überdeckt ist.

An den (hier verkürzt wiedergegebenen) Themen (Was bedeutet die deutsche Frage für die europäische Einigung und im Interessenspiel der Großmächte? Welche Rolle spielen die beiden deutschen Staaten in den Bündnissystemen, denen sie zugehören? Wie groß ist hier ihr Spielraum? Welche Rechtspositionen haben die beiden deutschen Staaten vor und nach den zwischen ihnen geschlossenen Verträgen? Wie stehen diese zur politischen Wirklichkeit? Welche gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Gegensätze und Übereinstimmungen bestehen zwischen ihnen und welche Auswirkungen haben diese auf die deutsche Frage?) wird sich die Diskussion zwischen Wissenschaftlern und Bundesparteien entzünden. Sie soll dazu dienen, das Gespräch über die deutsche Frage zu versachlichen, es aus den Ebenen reiner Polemik herauszuführen und auch den Wissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, ihre Forschungsergebnisse an den Überlegungs- und Ent-

scheidungsmechanismen der politisch Handelnden zu messen. Dabei werden beide Seiten die Möglichkeit haben, sich neue Perspektiven zu erschließen und in ihre Überlegungen einzuschließen.

Die vorliegenden Statements der Wissenschaftler machen deutlich, daß diese Idee, die von dem sozialdemokratischen Politiker Bruno Friedrich ausgegangen war, von dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Hans-Günther Hoppe, und schließlich auch von einer Reihe von Oppositionspolitikern bereitwillig aufgegriffen wurde, durchaus auf Widerhall stieß. Das lag und liegt nicht zuletzt an den Namen der dabei mitwirkenden Wissenschaftler. Mit Prof. Ralf Dahrendorf, London, Prof. Hans Peter Schwarz, Köln, Dr. Eberhard Schulz, Bonn, Dr. Jens Hacker, Köln, Prof. Martin Kriele, Leverkusen, Prof. Otto Kimmich, Regensburg, Prof. Peter Christian Ludz, München, Prof. Carl Thalheim, Berlin, sind nicht nur die wohl mit am meisten kompetenten Beantworter der gestellten Fragen zum Hearing eingeladen. Wer ihre Positionen kennt, der weiß auch, daß hier vielfach klar umrissene Standpunkte gegeneinander stehen, die eine interessante Debatte versprechen.

Die vorliegenden Statements weisen darauf schon deutlich hin. Dahrendorf hat in seinem Beitrag nicht nur die provokative Frage aufgestellt: Ist das eigentlich Deutschlandpolitik, was die Politiker in gängiger Art als solche deklarieren? Er macht auch deutlich, welche Arten von Deutschlandpolitik er sieht und wie groß er ihren Spielraum und ihre Möglichkeiten einschätzt, wie er den Wert der eingenommenen Positionen taxiert. Für ihn ist Berlin die sicherste Koordinate in diesem System, eine Feststellung, die sicher Ansatz zur Diskussion bietet.

Für Schwarz ist Deutschlandpolitik heute weniger aktuelle Entspannungspolitik als einfache Organisation der Beziehungen. Die Viermächte-Verantwortung hat für ihn nur noch in Berlin Gewicht. Er sieht die Hauptaufgabe der Deutschlandpolitik darin, vorhandene Positionen zu halten und die deutsche Frage gegenüber den Verbündeten offen zu halten.

Der Außenpolitiker Schulz hält keine Deutschlandpolitik für möglich, die losgelöst vom deutsch-sowjetischen Verhältnis gesehen werden kann. Die Brisanz der nationalen Frage in Deutschland bestimmt dabei auch die Haltung der SED-Politik und die der osteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion. Eigener Spielraum der DDR wird von ihm daher recht gering eingeschätzt.

Für Jens Hacker ist die DDR nur ein Protektorat der UdSSR. Er gibt ihr höchstens einen kleinen wirtschaftlichen Spielraum. Konzessionen auf politischem Gebiet für wirtschaftliche Leistungen hält er jedoch für unmöglich.

Der Völkerrechtler Martin Kriele verweist darauf, daß die Bundesrepublik in der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch alliierte Vorbehalte gebunden ist. Die Bundesrepublik Deutschland jedoch nur befugt ist, für ihr eigenes Hoheitsgebiet zu handeln.

Sein Gegenpart Kimmich hat sich besonders der Staatsangehörigkeitsfragen angenommen. Wer seine sonstigen Positionen kennt, wird erstaunt sein. Er sieht zwar für sie nur einen begrenzten Handlungsspielraum. Er erkennt jedoch ohne weiteres an, daß es hier noch zu regelnde Fragen gibt.

Ludz Darstellungen sind die Quintessenz seiner Forschungsergebnisse. Er versucht die DDR aus sich selbst heraus zu interpretieren und ihr eigens Selbstverständnis deutlich zu machen.

Thalheim dagegen demonstriert die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Leben und in der Politik der DDR. Gemeinsamkeiten sieht er zwischen den beiden deutschen Staaten mehr in Äußerlichkeiten: daß sie beide hochentwickelte Industriestaaten sind, eine starke Leistungsgesellschaft verkörpern und eine gewichtige Stellung in den Machtblöcken einnehmen, denen sie zugehören.

Übereinstimmungen bestehen in den Statements, trotz unterschiedlicher wissenschaftlicher und politischer Fixierung der Professoren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in zwei Punkten:

Die Politik der sozialliberalen Koalition hat mit ihren Ostverträgen einen eigenen Beitrag zur Entspannung in Europa geleistet, der Auftakt zu weltweiten Entspannungsbemühungen war. Sie hat trotz aller Rückschläge dazu helfen können, beachtliche menschliche Erleichterungen zu erreichen. Wie diese im gesamten Koordinatensystem der Deutschland- und Ostpolitik zu gewichten sind, darüber gehen die Meinungen auseinander. Sie sind ja auch weniger wissenschaftlicher Auslotung unterworfen als der Sicht, was sie den betroffenen Menschen bedeuten!

Für Strauß sind alle anderen Deppen

Die Maßlosigkeiten des CSU-Vorsitzenden sind unerträglich

Die fast tausend Delegierten des CSU-Parteitagess hätten sich das schöne Herbstwochenende sicher angenehmer gestalten können. Ihre Anreise nach München hat sich für sie in ihrer Eigenschaft als Delegierte nicht gelohnt. Die zu Claqueuren degradierten Delegierten der Strauß-Partei fanden in den zwei Parteitagen kaum Zeit, sich in der Diskussion ihre eigene Meinung zu Sachfragen der aktuellen Politik zu bilden. Und als ihnen eine raffinierte Parteitagsregie am späten Samstagnachmittag die Gelegenheit zur Aussprache über ein paar Anträge einräumte, war - Welch ein Zufall - prompt die Beschlußfähigkeit des Gremiums nicht mehr gegeben. Nebenan drehten sich längst die Oktoberfest-Karussells und die maßkrugbewehrten Kellnerinnen.

Es blieb den christlichen Verfechtern der sozialen Demokratie in Bayern nur die Möglichkeit mehr oder minder lautstark Ja und Amen zu sagen zu all dem, was ihr Vorsitzender in inzwischen nicht mehr neuer Manier auftischte. Es war ein für rechtsempfindliche Demokraten ungenießbarer Schlangenfraz, serviert von einem der rüpelhaftesten bundesdeutschen Politiker, der sich wieder einmal durch Maßlosigkeit sowohl in der Sache als auch in der Form selbst überbot.

Es ist einfach nicht mehr lustig und auch nicht mit der besonderen bayerischen Art zu entschuldigen, wenn Strauß die Freien Demokraten als "Sauhaufen" bezeichnet und den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt einen "deutschfeindlichen Politiker" nennt. Aber in seinem Wahl von Allmacht, Allwissenheit und Unfehlbarkeit findet es Strauß nicht mehr nötig, sich irgendwelche Zügel anzulegen. Für ihn sind alle anderen Deppen. Und jeder, der ihn in seinem Machtrausch behindert, müßte eigentlich in geeigneter Form zum Schweigen gebracht werden.

Dies mußte besonders empfindlich auch CDU-Chef Kohl verspüren, der nach Abschluß der Münchner Strauß-Schau resümieren muß:

1. Auch immer neue Kniefälle vor Strauß bewahren nicht vor immer neuen Demütigungen durch den Vorsitzenden der kleinen Schwesterpartei. Selbst das Signalisieren von Gesprächsbereitschaft in Sachen Todesstrafe - wie von Kohl in München geschehen - veranlaßten Strauß nicht zu einem freundschaftlichen Schulterklopfen.
2. Der CDU-Vorsitzende ist für Strauß einer jener Lauwarmen, deren Zeit jetzt verflogen ist, über den die Öffentlichkeit - verkörpert durch Strauß - hinweggehen wird.

3. Strauß nimmt es der CDU immer noch übel, daß sie seine Parole "Freiheit oder/statt Sozialismus" im Wahlkampf 1976 nicht noch brutaler vertreten hat. Der in Kreuth schon einmal ausgepackte Knüppel ist nicht vergraben, sondern immer einsatzbereit. Strauß hat in München erneut den bundesweiten Anspruch seiner CSU in Erinnerung gerufen und betont, daß darüber noch zu reden sein werde.

4. Die bundesweite Ausdehnung von Straußens Politik ist nach wie vor Ziel Nummer eins des CSU-Vorsitzenden. Da Kohl diese Ausdehnung nicht garantiert, hat sich Strauß bereits seinen Verbündeten gesucht: Alfred Dregger, vom CSU-Parteitag mit mehr Begeisterung gefeiert als Kohl, heißt die Strauß'sche Geheimwaffe für den Bundestagswahlkampf 1980.

Die Sache mit Dregger gewinnt an Logik durch die Tatsache, daß sich Strauß und Goppel über die Nachfolge von Strauß als bayerischer Ministerpräsident nun einig sind und Strauß weiß, daß der Bundesrepublik und ihren Wählern ein Kanzlerkandidat Strauß nicht zuzumuten ist. In Dregger sieht Strauß einen idealem Sachwalter seiner Politik.

Man fragt sich, wie Strauß seinen Parteitag hätte bestreiten wollen, wenn ihm nicht Terroristen das Hauptthema frei Haus geliefert hätten. Strauß setzt jetzt voll auf seine schon in Sonthofen angedeutete Strategie. Die vorhandene Angst und Unsicherheit muß geschürt werden. Strauß hofft dabei, daß ihm in einem Klima der Ängstlichkeit die Mehrheit der Wähler auf seiner rechtsstaatlichen Gratwanderung folgt und der schwer erkämpfte Liberalismus in der Bundesrepublik zurückgedreht werden kann.

Worte wie "Gemeinsamkeit der Demokraten" sind für Strauß dabei nur Spielzeug. Er spricht sie aus, um im nächsten Atemzug den demokratischen Partnern die eigentliche Schuld am Terrorismus unterzuschieben. Strauß und die Wahrhaftigkeit passen nun einmal zusammen wie der Teufel und das Weihwasser.

Helmut G. Schmidt
(-/26.9.1977/hi/hg)

Gefordert ist die Basis der CDU

Ansätze für zeitgemäßere Positionen

Obwohl die CDU auf ihrem Grundsatzforum in Berlin eigentlich keine Beschlüsse fassen wollte, ist eine Entscheidung gefallen: Der Grundsatzprogrammwurf der Kommission unter Richard von Weizsäcker kann eingestampft werden. Das Papier, das in sich widersprüchlich und verschwommen einerseits neue, fast liberale Akzente setzen, andererseits aber auch den reaktionären Kräften in der Union gefallen wollte, stieß gerade deshalb auf Ablehnung.

Es behielten diejenigen die Oberhand, die in den alten Rezepten Zuflucht suchen. Die soziale Marktwirtschaft erlebte neue verbale Blüten und das im Programm geforderte "soziale Wohlbefinden" des Einzelnen in der Gesellschaft wurde als Gefährdung der ordnungspolitischen Leitsätze Freiheit und Eigenverantwortung geächtet. Um mit den Problemen unserer Zeit fertig zu werden, so meinten einige Redner, brauche man sich nur auf die freien Kräfte des Marktes zu verlassen, deren vergessene Instrumente man nur wieder ausgraben und anzuwenden brauche.

Das Weizsäcker-Papier wurde genüsslich und systematisch von denen zerpfückt, die auf politisch und gesellschaftlich unhaltbar gewordenen Positionen beharren. Weit klafft der Spalt zwischen den konservativen und altliberalistischen Kräften und den Sprechern der Sozialausschüsse, deren Anregungen und Vorstöße in den Breitseiten der Etatisten und Marktwirtschaftler stecken blieben.

Nach dem Berliner Grundsatzforum der Christlichen Demokraten ist es unklarer als jemals zuvor, wohin sich die CDU künftig programmatisch wenden wird. Der starken reaktionären Strömung in der Partei stehen unverkennbar Ansätze für zeitgemäßere Positionen gegenüber. Zweifellos ist mit dem Berliner Kongreß auch eine breite Diskussion in Gang gekommen, die die CDU bisher vermissen ließ. Die Partei muß sich freilich davor hüten, den alten Konservatismus verbal in ein neues soziales Mäntelchen zu kleiden. Gefordert ist die Basis der Union. Die geistige Potenz der Führung versickert im innerparteilichen und parlamentarischen Machtkampf.

Anselm Bengeser
(-/26.9.1977/ks/hgs)

+ + +